

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1077

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1077



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



16. Lilienberg Gedanken

An Europas Rändern herrscht das Chaos – trotzdem ist Sicherheitspolitik bei uns kein Thema!



Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, weit, in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen. Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten; dann kehrt man abends froh nach Haus und segnet Fried und Friedenszeiten.

(Johann Wolfgang von Goethe)

An diese Passage aus Goethes Faust (entstanden am Ende des 18. Jahrhunderts) fühlt man sich gerade jetzt wieder erinnert: Die Medien berichten ausführlich und kompetent über die zahlreichen Kriege und Konflikte an Europas Rändern, und es wird darüber auch ausgiebig gesprochen und debattiert. Auch die grosse Mehrheit der Bevölkerung und der Politiker verhält sich wie der oben zitierte «andere Bürger» in Goethes Text: Nach konsumierter Tagesschau und angeregtem Gespräch über das Geschehen im Ausland geht man rasch zur Tagesordnung über und macht sich keine Gedanken mehr darüber, was «Krieg und Kriegsgeschrei hinten, weit, in der Türkei» mit unserer Sicherheitspolitik oder gar mit unserer Armee zu tun haben könnten: Sicherheitspolitik und Armee sind kaum ein Gesprächsthema – weder auf der Strasse noch in der Politik. So kamen die dramatische Lage an Europas Grenzen und ihre möglichen Konsequenzen für unsere Sicherheitspolitik im Wahlkampf eigentlich nicht vor, das Thema Flüchtlinge hingegen schon, aber im bekannten Setting und im pauschalisierenden Mix mit Zuwanderung und Ausländern generell.

Bis jetzt hat niemand fertig gebracht, diesen Zusammenhang zwischen den Konflikten und unserer Sicherheitspolitik herzustellen. Das wirklich Befremdende daran ist aber die Tatsache, dass das bis jetzt überhaupt noch niemand ernsthaft versucht hat!

Sicherheitspolitik kein Thema

Was die Sicherheitspolitik betrifft, so scheinen in der Schweiz die Lager klar abgesteckt zu sein: Die linke Definition von Sicherheit beschränkt sich vorab auf die soziale Sicherheit, die Grünen konzentrieren sich auf den Umweltschutz, während die Bürgerlichen tief gespalten sind. Zwar anerkennen sie, dass Sicherheit einen umfassenden Begriff darstellt und für den Wirtschaftsstandort Schweiz essenziell ist, doch man ist sich uneinig darüber, wie diese Sicherheit aussehen soll und vor allem, wieviel sie kosten darf. Man muss der bürgerlichen Mehrheit im Parlament zwar zustehen, dass sie bezüglich der Kosten mit den 5 Milliarden Franken pro Jahr klare Vorgaben gemacht hat, ohne jedoch den Bundesrat zu beeindrucken. Dieser



Im Laufe der vergangenen zwölf Monate hat sich die Lage in den Konfliktgebieten deutlich verschlechtert. Dazu sind die Tore der grossen Flüchtlingslager Richtung Europa geöffnet worden, und gewaltige Flüchtlingskolonnen sind seither unterwegs.

foutiert sich darum, obwohl er parteipolitisch gesehen nach wie vor bürgerlich dominiert ist. Und der berühmte «Mann der Strasse»? Der fühlt sich kaum bis gar nicht betroffen, er hat sich derart an ein rundum abgesichertes Leben gewöhnt, dass er nicht einmal daran denkt – wie Goethes Bürger es noch tut – «Frieden und Friedenszeiten zu segnen». Daher ist es nicht verwunderlich, dass ihn die Sicherheitspolitik kaum interessiert – entsprechend gering bis nichtexistent sind seine Kenntnisse darüber. Ja, auch Werte wie Freiheit und Selbstbestimmung, die bedroht werden könnten, kümmern die Wenigsten wirklich, da diese Werte als so selbstverständlich betrachtet werden, dass man nicht mehr in der Lage ist, auch nur darüber nachzudenken.

Doch, warum ist das so? Zuvor aber eine Übersicht über die globale Lage im Herbst dieses Jahres.

Die Lage ist noch dramatischer geworden

Die letzten Lilienberg Gedanken zum Thema Sicherheitspolitik sind vor gut einem Jahr veröffentlicht worden (Nr.13: «Kriege und Konflikte an Europas Grenzen») und zeigten ein ziemlich dramatisches Bild der Lage auf. Im Folgenden führte das Lilienberg Unternehmerforum zahlreiche Veranstaltungen zu den einzelnen Konflikten und ihren möglichen Auswirkungen auf die Schweizer Sicherheitspolitik durch.

Seit dem vergangenen Herbst hat sich die Situation nochmals deutlich verschlechtert: In keinem der Konfliktgebiete ist wirklich eine Beruhigung eingetreten. Überall wird weiter gekämpft, vielerorts hat sich die militärische Lage drastisch verschärft; oder es sind gar neue Kriege ausgebrochen. Und dazu sind die Tore der grossen Flüchtlingslager aufgemacht worden, so dass jetzt gewaltige Flüchtlingskolonnen Richtung Europa unterwegs sind. Wir wollen darum hier noch-

mals auf die Konflikte und Kriege eingehen – diesmal aber eher summarisch.

USA von verschiedenen Seiten unter Druck

Das Ende des Kalten Krieges vor 25 Jahren hat die geopolitische Lage stark verändert: Übrig geblieben ist nur noch eine Supermacht, die **USA**, die aber längst nicht mehr über die Stärke der Neunziger Jahre verfügen und an sehr vielen Fronten gefordert werden. Daneben sind neue Player aufs Spielfeld gekommen, welche im Prinzip alle den USA die Führungsrolle streitig machen oder zumindest als gleichrangig anerkannt werden wollen. Es sind dies vor allem China und Russland. Weiter versuchen verschiedene Regionalmächte ihre Positionen zu festigen oder auszubauen. Und die USA selber scheinen keine kohärente Strategie zu haben, wie sie mit diesen Herausforderern und mit allen damit zusammenhängenden Problemen umgehen sollen. Die Administration Obama offenbart hier eine grosse Schwäche, vor allem im Nahen Osten. Immer deutlicher wird in diesem Zusammenhang aber, dass sich die USA auf den Pazifik konzentrieren – mit sicherheitspolitischen Konsequenzen für Europa, das mehr gefordert wird.

Chinas Vorstoss in Asien

China ist zur Wirtschaftsmacht Nummer 2 geworden und hat ganz grosse Ambitionen im Südchinesischen Meer, das es als «sein» Meer betrachtet, sowie im Westpazifik. Das wiederum weckt Ängste bei den Nachbarn Taiwan, Japan, Korea, Indien, Philippinen, Malaysia und Vietnam – und vor allem in den USA. Weiter interessiert sich China stark für die Produktionsländer von Rohstoffen, Erdöl und Lebensmitteln, namentlich in Asien, insbesondere aber in Afrika und zunehmend auch in Lateinamerika. Was die internationalen Konflikte und Krisenzonen betrifft, so fällt auf,

dass sich das Reich der Mitte aus allem heraushält und nirgends Verantwortung übernimmt, geschweige denn sich engagiert, weder mit humanitärer Hilfe noch mit Ordnungseinsätzen. Dafür ist das Land aber sehr rasch zur Stelle, wenn eine Region nach einem Konflikt wieder in eine gewisse Ordnung zurückgefunden hat. Dann tauchen rasch die chinesischen Investoren und Händler auf.

Chinas grösster Widersacher ist neben den USA das aufstrebende **Indien**. Dieses bevölkerungsreiche Land Südasiens versucht sich – wie China in den vergangenen Jahrzehnten – in einer wirtschaftlichen Aufholjagd, mit deutlich weniger spektakulärem Erfolg als sein Rivale. Indiens Rüstungsanstrengungen sind hauptsächlich gegen den Erzfeind Pakistan gerichtet sowie gegen China. Zudem ist Indien an sicheren Seeverbindungen interessiert, aber auch an der Entwicklung in Afghanistan – als Gegengewicht zu **Pakistan**. Dieses unter notorischer Korruption leidende Land ist sehr labil und dem starken Druck islamistischer Kräfte ausgesetzt. Seine Rolle in Afghanistan ist sehr dubios, es hat vor allem die Kontrolle seiner Westgrenze im Visier – auch wiederum mit Blick auf seine Ostgrenze zu Indien, das nach wie vor als grösste Bedrohung angesehen wird.

In **Afghanistan** selber bauen die USA und die Nato ihr langjähriges und kostspieliges Engagement ab. Die afghanische Regierung wiederum ist äusserst korrupt und unfähig, das Land zu stabil zu halten, so dass über kurz oder lang eine Rückkehr der **Taliban** befürchtet werden muss.

Russlands Ambitionen

Unter seinem autoritären Präsidenten **Wladimir Putin** versucht Russland mit allen Mitteln, das durch den Zerfall der Sowjetunion (den Putin als die «grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts» bezeichnet hatte) verlorene Terrain wieder gut zu machen und wieder auf Augenhöhe mit den USA zu

gelangen, um als Weltmacht anerkannt zu werden – wie es die Sowjetunion lange Jahre auch war. Zum einen hat Russland seine Streitkräfte still und unauffällig, dafür aber massiv modernisiert, so dass das uns noch aus der Jelzin-Ära bekannte Bild einer zerrütteten und demoralisierten Armee der Vergangenheit angehört. Weiter versucht Putin mit der Destabilisierung der Ukraine und dem Aufbau einer weiteren Front in Syrien – an der Nato-Südflanke – Europa unter Druck zu setzen mit dem Ziel, das europäische Engagement in Osteuropa, also im ehemaligen Einflussgebiet Moskaus, wieder einzudämmen.

Für diese Ziele setzt Russland auf eine raffinierte Strategie, die auf eine kaum zum Voraus berechenbaren Kombination von hybridem Krieg, Propaganda und zynischer Diplomatie setzt. In dieser Strategie spielt

Die Putin-Versteher

Was im Herbst 2014 schon zu beobachten war, hat sich in den vergangenen Monaten bestätigt: Der russische Autokrat Wladimir Putin kann vielerorts in Europa auf wohlwollendes Verständnis, wenn nicht gar auf eine gewisse Sympathie zählen und dies interessanterweise vor allem im rechtsbürgerlichen Lager – auch in der Schweiz! Hatte man Russlands eindeutig völkerrechtswidrige Aggression gegen die Ukraine mit dem Eindringen der USA und der EU in die «natürliche russische Einflussphäre» gerechtfertigt, so überwiegen Schadenfreude und Hohn gegenüber den USA in der Beurteilung von Russlands Eingreifen in Syrien. Hintergrund für diese totale Kehrwende (früher kam alles Böse aus Moskau, heute aus Washington und Brüssel!) ist die neu entstandene tiefe Abneigung vieler Europäer gegen die USA, aber auch gegenüber der EU. In den Lilienberg Gedanken Nr. 13 sind wir näher darauf eingegangen).



Früher kam alles Böse aus Moskau, heute aus Washington – das zumindest sagen die sogenannten Putin-Versteher. Seit mehr als zwei Jahren herrscht Eiszeit zwischen den beiden Staaten – die UN-Vollversammlung in New York machte Ende September ein Treffen möglich: Obama und Putin liessen dabei sogar die Gläser klingen.



Der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern eskaliert immer mehr. Auf unserem Bild feuert ein Palästinenser anfangs Oktober mit einer Steinschleuder in Richtung israelischer Sicherheitskräfte. Ist das der dritte blutige Palästinenseraufstand gegen Israel?

auch die anti-USA- und anti-EU-Stimmung in Europa eine gewisse Rolle (siehe die Textbox «Die Putin-Versteher» auf Seite 3).

Kein neuer Kalter Krieg

Auch wenn es in Syrien zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den USA und Russland kommen sollte und Putin auf eine Konfrontation mit dem Westen hinarbeitet, kann nicht von einem neuen Kalten Krieg gesprochen werden. Ganz anders als zur Zeit des West-Ost-Konfliktes, der 1989 bis 1991 zu Ende ging, geht es hier «nur» um einen Kampf um Macht und Einfluss und nicht um Ideologie oder Weltanschauung. Symbolisierte früher der Kommunismus den Gegenentwurf zum Kapitalismus, so steht das heutige Russland ideologisch für sehr wenig bis nichts, auch wenn in Russland an einer ideologischen Unterfütterung von Putins Geopolitik gearbeitet wird (eine krude Mischung aus euro-asiatischen, nationalistischen, orthodoxen und slawophilen Elementen). Auch die Putin-Versteher sehen eigentlich nichts Erstrebenswertes in Russland – ausser, dass Moskau das gleichermassen verhasste Washington und Brüssel in die Schranken weist.

Hotspot Naher Osten

Der Nahe Osten ist zur Zeit der globale Hotspot schlechthin: Hier toben verschiedene brutale Kriege, verbunden mit unzähligen Terroranschlägen, Massakern und Vertreibungen. Im Nahen Osten schneiden sich verschiedene grosse, regionale, ja globale und viele kleine Konfliktlinien, was die Lage sehr unübersichtlich macht. Diese neuen Konfliktlinien haben den klassischen Nahostkonflikt zwischen Israel und den Arabern längst abgelöst, ohne dass dieser aber zu einem Ende gekommen wäre. Im Gegenteil: Israel

steht vielleicht vor einer dritten **Intifada** – dieses Mal mit noch radikaleren Akteuren.

Die grossen Rivalen im Nahen Osten sind das schiitische **Iran** einerseits und das sunnitische **Saudiarabien** andererseits. Auf Seiten der Saudis stehen die anderen Golfstaaten, Jordanien, Ägypten, aber auch die Türkei, während die Iraner mit Assads Syrien, den libanesischen Hisbollah und der Hamas im Gazastreifen verbunden sind. Dieser Konflikt tobt sich im syrischen Bürgerkrieg aus, der weit nach Irak hinein wirkt. Zwischen diesen Fronten haben sich gleichsam als dritte Player vor allem der **Islamische Staat (IS)**, aber auch die **Kurden** etabliert. Als äusserst bedrohlich wird der Islamische Staat wahrgenommen, dessen Brutalität und Grausamkeit weitherum Entsetzen ausgelöst und zum Eingreifen westlicher Staaten, namentlich der USA geführt hat. Und nun hat Russland auf der Seite Assads militärisch eingegriffen – angeblich um sich am Kampf gegen den IS zu beteiligen, in Tat und Wahrheit aber, um dem bedrängten Assad unter die Arme zu greifen. Syrien ist das einzige Land in der Region, in dem Russland Stützpunkte unterhält. Weiter: Trotz Abkommen mit Teheran ist die atomare Gefahr in der Region nicht gebannt.

Eine grosse Gefahr könnte aus der **Türkei** kommen: Das unverantwortliche Machtstreben des türkischen Präsidenten Erdogan, der nach wie vor der Meinung ist, die Kurden seien das grössere Problem als der IS – und mit seiner Politik den IS gestärkt hat – könnte sich in einem blutigen Konflikt, einem Bürgerkrieg, entladen. Die Türkei selber rüstet kontinuierlich auf und besitzt bald eine der modernsten Armeen.

Eine weitere Front ist in **Jemen** eröffnet worden und zwar von Saudiarabien und einigen Golfstaaten, um den angeblichen iranischen Einfluss einzudämmen



Bei einem Selbstmordanschlag der Islamistengruppe Boko Haram in Nigeria kamen in diesem Herbst mindestens elf Menschen ums Leben.

(was jeglicher Grundlage entbehrt). Die Lage ist hier so komplex, dass an dieser Stelle nicht weiter darauf eingegangen werden kann. Fest steht nur, dass die gewaltigen Zerstörungen durch die saudischen Luftangriffe eine neue humanitäre Grosskatastrophe verursacht wird, die wir in Europa auch bald in Form von weiteren Flüchtlingen zu spüren bekommen werden.

Unruhezone Sahel

In Afrika gibt es zwei wirtschaftlich starke Staaten, Nigeria und Südafrika, die aber geopolitisch kaum eine Rolle spielen, vor allem, weil sie innerlich geschwächt, wenn nicht gar zerfressen sind. Im Norden Afrikas sind Marokko, Algerien und Tunesien noch als einigermaßen stabil zu bezeichnen. Tunesien ist das einzige Land, das die Errungenschaften des arabischen Frühlings einigermaßen in die Gegenwart retten konnte, aber dabei von Islamisten bedroht wird. Die Sahelzone selber ist ein praktisch rechtsfreier Raum, in dem sich Banditen, Menschenhändler, Schlepper, Islamisten und Tuareg-Rebellen tummeln und jede Sicherheit verunmöglichen. Die brutalsten unter ihnen sind die **Boko Haram**, welche mit grausamen Aktionen vor allem die Bildung der Frauen torpedieren und die Region in ein islamisches Mittelalter zurückmorden wollen.

Demographische Zeitbombe und Umweltschäden

Eine meist völlig unterschätzte Ursache oder den Verstärker von Konflikten bildet das demographische Wachstum. Dieses geht oft mit der Plünderung der Ressourcen, der Zerstörung der natürlichen Umwelt sowie dem Klimawandel einher wie mit der Austrocknung ganzer Regionen, der Versteppung fruchtbarer Gebiete etc. Oft ist gerade in diesen Regionen das Bevölkerungswachstum infolge Armut und Bildungs-

ferne so gross, dass immer weniger Menschen vor Ort ein Auskommen finden. Befinden sich diese Staaten zudem noch im Sog radikaler Religionen, Weltanschauungen oder einschlägiger kultureller Traditionen, so kann ein hochexplosives Gemisch von Überbevölkerung, Armut, Arbeitslosigkeit und – last but not least – sexueller Frustrationen entstehen, das rasch in Aggression und Gewalt münden kann – oder eben in die **Migration** von Hunderttausenden Menschen, vorwiegend aber junger Männer.

Es fällt auf, dass es vor allem arabisch-islamische Regionen sind, in denen dieses Gemisch besonders explosiv erscheint – es ist notabene auch dieser Raum, in welchem die grössten und blutigsten Konflikte stattfinden.

Grösstes Destabilisierungspotenzial

Was wir in diesem Herbst in Europa erleben, könnte nur das Vorspiel zu einer noch grösseren Migrationsbewegung sein («noch wandern Afrika und Pakistan nicht»): Hunderte von Millionen Menschen leben weltweit unter so prekären Bedingungen, dass für sie eine Auswanderung nach Europa verlockend sein muss, zumal die «Willkommenskultur» verheerende Signale setzt.

Man wird sich in Europa langsam bewusst, dass dieser Flüchtlingsstrom das grösste Destabilisierungspotenzial seit dem Zweiten Weltkrieg haben könnte. Wenn Hunderttausende von schlecht ausgebildeten Menschen aus einer fremden Kultur plötzlich in unseren durchorganisierten Sozialstaaten landen, kann es sehr rasch sehr schwierig werden, für die ganze Gesellschaft, aber vor allem für jene Europäer, die heute schon in prekären Verhältnissen leben. Auch für die Sicherheitsbehörden jedes Landes wird es dramatisch: Viele Islamisten lassen sich unerkannt mit den Flüchtlingen einschleusen.

Und die Schweiz?

Dass nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Abbruch des Eisernen Vorhanges vor 25 Jahren Sicherheitspolitik und Armee in eine Sinnkrise geraten sind, war verständlich. Nachdem sich das langjährige und damals durchaus realistische Feindbild aufgelöst hatte, fehlte den damaligen Sicherheitspolitikern plötzlich eine allseits plausible Begründung für die Aufrechterhaltung einer starken Armee. Was das für die Entwicklung der Armee bedeutete, ist bekannt und braucht hier nicht wiederholt zu werden.

Grosse Chance verpasst

Heute aber sieht die Lage völlig anders aus: Die zuvor kurz beschriebenen äusserst dramatischen Kriege und Konflikte sowie das damit einhergehende Chaos stehen in einem merkwürdigen Kontrast zur innenpolitischen Themensetzung in der Schweiz und vor allem zum unerklärlichen Schweigen der Verantwortungsträger! Unverständlich ist auch, dass die wenigen noch verbliebenen Sicherheitspolitiker die Gelegenheit nicht am Schopf packen, um jetzt in aller Deutlichkeit das Thema Sicherheit im Allgemeinen und die dringende Notwendigkeit einer kohärenten Sicherheitspolitik im Speziellen auf den Tisch zu legen.

Man wird den Eindruck nicht los, dass die Verantwortungsträger fast flächendeckend versagt haben, von der Spitze des VBS bis hin zu vielen Verantwortlichen auf kantonaler Stufe: Wer sollte die Bevölke-



- flexibel einsatzbereit
- gut ausgebildet
- vollständig ausgerüstet
- regional verankert

In Zusammenarbeit mit der Projektleitung WEA werden in einem neuen Modul die vier Kernpunkte der Weiterentwicklung der Armee kurz erklärt. Die Armee versucht, das Projekt – das im übrigen in die richtige Richtung zielt – zu retten, respektive durch das Parlament zu bringen.

rung über die dramatische Lage, die Konsequenzen und möglichen Abwehrmassnahmen aufklären, wenn nicht jene Stellen von Bund und Kanton, denen die Schweiz ihre Sicherheit anvertraut?

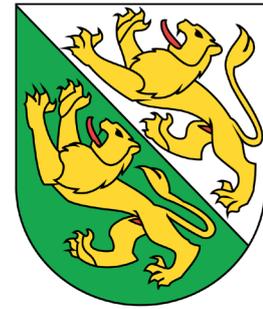
Leider spielt das Bildungswesen hier auch keine hilfreiche Rolle: Staatskunde und Sicherheitspolitik werden kaum noch vermittelt, die entsprechenden Kenntnisse sind mager.

VBS-Chef Ueli Maurer und sein ganzer Kommunikationsapparat hüllen sich in Schweigen und verpassen nicht nur eine einmalige Chance, dem Mann auf der Strasse und dem Politiker die Notwendigkeit einer kohärenten Sicherheitspolitik zu vermitteln, sondern handeln letztlich wenig verantwortungsbewusst gegenüber dem Volk und den Politikern, die auf eine klare Lagebeurteilung angewiesen sind.



Die Verantwortungsträger von VBS und Armee hätten heute die einmalige Chance, der Politik und der Bevölkerung das Thema Sicherheitspolitik und Armee näherzubringen.

Kantonale Offiziersgesellschaft Thurgau



OFFIZIERSGESELLSCHAFT
WINTERTHUR UND UMGEBUNG

SEIT 1806

Die stärksten wehrpolitischen Organisationen in der Schweiz sind die Offiziersgesellschaften. Sie sind dezentral und kantonal organisiert. Doch auch sie können Lobby-Arbeit nur bedingt übernehmen.

Warum können das die anderen?

Die Armee selber verschanzt sich hinter der Politik und versucht, das Projekt Weiterentwicklung der Armee (WEA) – das notabene in die richtige Richtung zielt – zu retten, respektive durch das Parlament zu bringen: Dabei verlangt die Armee zu Recht, dass die Politiker endlich entscheiden. Unklar in diesem Zusammenhang ist leider der neue Unterbau in Form des schon lange in Aussicht gestellten Sicherheitspolitischen Berichtes. Selbst wenn er hoffentlich im Einklang zur WEA steht, so wäre eine klare Entscheidungsfolge top-down wohl einleuchtender.

Dass die Armee – ganz im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges – kaum aktiv wird, um über die Sicherheitspolitik zu informieren, ist unseres Erachtens für die Sache nachteilig, wenn auch verständlich, da man sich nicht dem Vorwurf aussetzen will, pro domo zu wirken und das Primat der Politik in Frage zu stellen. In anderen Aufgabenbereichen des Bundes wird weniger Zurückhaltung praktiziert. Zum Beispiel in den Feldern Gesundheit, Verkehrssicherheit, Energie, Umwelt, etc. Hier betreiben Bundesstellen mit Steuergeldern massiv Werbung und so genannte Aufklärung, die oft an Bevormundung grenzt. Warum soll das nicht im Bereich der Sicherheit unseres Landes und seiner Bevölkerung in seinem ganzen Umfang gelten?

Keine wirksame Lobby

Weiter muss man ernüchternd feststellen, dass die zahlreichen wehrpolitischen Organisationen, die sich

ab und zu über ihre Publikationen verlauten lassen, völlig zahnlos sind. Sie sind meistens unprofessionell betreut und oft Sammelbecken für Kameraden aus der Militärdienstzeit, die es zweifellos sehr gut meinen, aber oft in alten Denkmustern hängen geblieben sind.

Als stärkste und modernste Organisation kann man zweifellos die Schweizerische Offiziersgesellschaft mit ihrer dezentralen und kantonalen Strukturen bezeichnen. Hier sitzen sehr viele Persönlichkeiten, die in der Wirtschaft tätig sind und dort Verantwortung tragen. Doch die Offiziersgesellschaften können Aufklärungs- und Lobbyarbeit nur bedingt übernehmen, denn ihre Mitglieder sind zu sehr gefordert: Als Familienväter, als aktive Offiziere in der Armee und als Verantwortungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft. Bereits die erfolgreichen Abstimmungskämpfe (Wehrpflicht und Waffengesetz) haben die Milizverbände an ihre Grenzen gebracht.

Auch keine hilfreiche Rolle spielen die Medien. Sie berichten zwar recht ausführlich über die weltweiten Konflikte, scheinen aber unter allen Umständen das Thema Schweizerische Sicherheitspolitik zu meiden – und wenn sie diese ansprechen müssen, dann tun sie es mit einer negativen Voreingenommenheit. Daher ist es für die Verantwortungsträger sehr schwierig, die ordentlichen Medienkanäle für die Information der Bevölkerung zu nutzen.

Auch andere Bereiche betroffen

Es wäre ungerecht, die fehlende Diskussion über Sicherheitspolitik allein an VBS und Armee aufzuhän-

gen. Andere Bereiche sind natürlich auch betroffen, so zum Beispiel die Flüchtlingspolitik und die Entwicklungshilfe. Hier besteht ein eklatantes Auseinanderklaffen der Ziele. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) weigert sich – laut Aussagen von Spitzenbeamten der Migrationsstellen – gemeinsame Ziele zu definieren und neue Schwerpunkte zu bilden. Damit wurde verhindert, dass man die nach wie vor reichlichen Mittel gezielt dort einsetzt, von wo die Migranten herkommen – und damit einen Beitrag leistet, der für einmal im direkten Interesse der Schweiz steht.

Was ist zu tun?

Zunächst braucht es eine Stärkung der armeerfreundlichen Organisationen, sie müssen zusammengefasst sowie neu und professionell organisiert werden. Vor allem aber müssen sie lernen, wie man wirkungsvolle Lobby-Arbeit betreibt.

Weiter müssen VBS und Armeespitze noch mehr auf die Eliten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft zugehen und diese in die Problemanalyse und Lösungsfindung, aber auch für die Kommunikation einbinden. Die Zivilgesellschaft verfügt über bestens versierte Kommunikations- und Werbefachleute, denen es ein einfaches wäre, brauchbare Konzepte für die Erarbeitung von Kommunikationsstrategien zu erstellen. Die Zivilgesellschaft verfügt auch über grosses Knowhow für die Beurteilung der globalen Ent-

wicklungen und die Erarbeitung von Strategien und Konzepten im Umgang mit bedrohlichen Lagen. Das gleiche gilt auch für das Erkennen der gesellschaftspolitischen Veränderungen in unserem Land und ihre Auswirkungen auf das Verständnis über Sicherheit, Sicherheitspolitik und Wehrwillen. Auch das wäre gelebte Miliz! Eine solche Einbindung gesellschaftlicher Kräfte würde auch die Politiker mächtig beeindrucken, hinter deren Unvermögen man sich immer versteckt.

Und der Lilienberg?

Das Lilienberg Unternehmerforum wird alles daran setzen, in diese Richtung zu arbeiten. Wir wollen weiterhin über die Entwicklung an Europas Grenzen informieren, aber auch Möglichkeiten suchen und vorschlagen, wie Volk und Politik besser informiert werden können: Sicherheit und Stabilität sind die Grundlagen unserer Wirtschaft und unseres Wohlstandes. Sie sind zu wertvoll, um sie einigen wenigen Stabsstellen in der Bundesverwaltung anzuvertrauen!

Wir dürfen nicht mehr am Fenster stehen und mit einem Gläschen in der Hand in die Welt hinausschauen, wie Goethes Bürger: Krieg und Kriegsgeschrei bleiben nicht länger hinten, weit, in der Türkei, sie kommen immer näher!

Unterstützen Sie Lilienberg – Werden Sie Lilienberg Mitglied!

Als Lilienberg Mitglied profitieren Sie von zahlreichen Vorteilen. Sie können sich zwischen drei Mitgliedschaften entscheiden:

- **Freund (Jahresbeitrag CHF 500.–)**
- **Förderer (Jahresbeitrag CHF 2000.–)**
- **Firmen-Fördermitgliedschaft (Jahresbeitrag CHF 5000.–)**

Detaillierte Informationen zu den Mitgliedschaften und den entsprechenden Leistungspaketen finden Sie auf unserer neuen Internetseite www.lilienberg.ch
Gerne gibt Ihnen Frau Rositha Noebel unter **Telefon +41 71 663 26 53** auch persönlich Auskunft.

Herausgeberin

Lilienberg Unternehmerforum
Blauortstrasse 10
CH-8272 Ermatingen
Telefon +41 71 663 23 23
Fax +41 71 663 23 24
info@lilienberg.ch
www.lilienberg.ch

Text

Christoph Vollenweider,
Leiter Lilienberg Unternehmertum

Lektorat/Layout/Bildauswahl

Stefan Bachofen, Lilienberg Unternehmerforum

Druck

Christian Walker, Ferag AG